

STELLUNGNAHME ZUR ERHÖHUNG DER KERNZEITGEBÜHREN IN BESIGHEIM

Daniel Haas (SPD): „Land lässt Kommunen und Familien im Stich – 1,1 Milliarden Euro aus dem Bund müssen endlich bei den Städten und Gemeinden ankommen!“

Besigheim, 15. Mai 2025 – Zur vom Gemeinderat Besigheim beschlossenen Erhöhung der Kernzeitgebühren erklärt Daniel Haas, SPD Landtagskandidat im Wahlkreis Bietigheim-Bissingen: „Die drastische Anhebung der Kernzeitgebühren in Besigheim ist kein Einzelfall – sie steht exemplarisch für ein strukturelles Problem, das landesweit Familien, Kinder und Kommunen belastet. Die Städte und Gemeinden stehen mit dem Rücken zur Wand: steigende Kosten, fehlendes Personal, wachsender Betreuungsbedarf – und keine ausreichende Unterstützung durch das Land.

Die deutliche Gebührenerhöhung ist ein weiterer Hilferuf aus der kommunalen Ebene. Die Städte und Gemeinden schlagen seit Monaten Alarm – und auch in Besigheim zeigt sich: Die grün-schwarze Landesregierung lässt sie damit völlig allein. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus allen Teilen Baden-Württembergs fordern seit Monaten öffentlich und mit Nachdruck finanzielle Hilfe – doch die grün-schwarze Landesregierung schaut weg. Sie ignoriert die Warnrufe und lässt die Kommunen mit dieser Herausforderung allein.

Dabei ist völlig klar: Eine bezahlbare, verlässliche und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ist keine freiwillige Leistung, sondern eine Pflichtaufgabe in einem modernen Sozialstaat. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass Eltern Familie und Beruf vereinbaren können. Sie ist der Schlüssel zu frühkindlicher Bildung und sozialer Teilhabe. Und sie ist eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft.

Wenn Kommunen gezwungen sind, die Gebühren so deutlich zu erhöhen wie jetzt in Besigheim, dann ist das ein Armutszeugnis für die Landespolitik. Es trifft vor allem Familien mit kleinen und mittleren Einkommen – und verschärft die soziale Ungleichheit weiter.

„Ich fordere deshalb ganz klar: Die grün-schwarze Landesregierung muss die 1,1 Milliarden Euro, die Baden-Württemberg aus dem Bundespaket zur Verfügung stehen, vollständig und direkt an die Kommunen weitergeben – für Infrastruktur, Bildung und Kinderbetreuung. Dieses Geld darf nicht in allgemeinen Landeshaushalten verschwinden oder durch Bürokratie verwässert werden. Es muss dorthin, wo der Bedarf am größten ist: in die Städte und Gemeinden vor Ort.

Als SPD Landtagskandidat setze ich mich mit voller Überzeugung dafür ein, dass Familien nicht länger die Leidtragenden einer unterlassenen Landespolitik sind. Baden-Württemberg braucht endlich eine Landesregierung, die kommunale Verantwortung nicht auf dem Papier anerkennt, sondern finanziell absichert.

Es ist höchste Zeit zu handeln – nicht später, nicht nach der nächsten Wahl, sondern jetzt.“